

Hamburg, den 03. Juni 2009

PRESSEMITTEILUNG

MIT Hamburg sieht Opel-Rettung durch Steuergelder sehr skeptisch

Die Hamburger MIT widersetzt sich im Superwahljahr 2009 einem offensichtlichen Wettkampf um Wählerstimmen durch unbezahlbare Wahlgeschenke an marode Großunternehmen. Die MIT Hamburg unterstützt ausdrücklich die Linie des Wirtschaftsministers zu Guttenberg. Hände weg von zunehmender Staatswirtschaft!

„Aus Sicht der Hamburger Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU (MIT) wird der Öffentlichkeit eine „Opel-Rettung“ präsentiert, bei der nicht einmal die größten Eckpfeiler skizziert werden. Über die Bedingungen, zu denen der Staat Verpflichtungen in Milliardenhöhe eingeht, ist auch bei intensiver Recherche nicht viel Information zu finden. Insofern ist es zurzeit nicht möglich, sich ein umfassendes Bild zu machen“, äußerte sich Volker Ernst, stellv. Landesvorsitzender.

Die Begleitumstände lassen jedoch übles erahnen: Wirtschaftliche Überlegungen stehen nicht im Vordergrund. Den Arbeitnehmervertretern und in ihrem Schlepptau den jeweiligen Ministerpräsidenten geht es vornehmlich um den kurzfristigen Erhalt von Arbeitsplätzen, um Erfolge vermelden zu können. Ob es betriebswirtschaftlicher Einschnitte wie der Schließung von Standorten bedarf, um das Unternehmen auf gesündere Füße zu stellen, wird gar nicht diskutiert. Der Kanzlerkandidat der SPD, Steinmeier erklärte, das wichtigste sei dass alle Standorte erhalten bleiben. Es geht somit gar nicht um die Zukunft des Unternehmens und der damit zusammenhängenden Strukturen, sondern um das Vermelden von angeblichen Erfolgen. Wenn notwendige Einschnitte nun um jeden Preis und unter massiver Subvention durch den Staat vermieden werden, hat Opel langfristig gerade keine Zukunft. Der Staat lässt sich in den Strudel hineinreißen und wird immer wieder neue Mittel zur Verfügung stellen müssen. Wie man den spärlichen Meldungen entnehmen kann, hat Fiat eine Übernahme eines erheblichen Teils des wirtschaftlichen Risikos angeboten, dafür aber in gewissem Umfang freie Hand bei der Sanierung gefordert. Eine solche vernünftig anmutende Übernahme wird vom Tisch gewischt, weil sich andere Anbieter wohl bereit erklärt haben, Opel nur geringere Einschnitte zuzumuten, wenn großzügigere Staatshilfen gewährt werden. Mit Staatshilfen ist man zurzeit anscheinend freigiebig, weil die Beträge so abstrakt sind und keine Schlagzeilen mehr produzieren. Was sind schon ein paar Tausendmillionen Euro der Allgemeinheit mehr, wenn man damit als Politiker die Karrierefördernde Meldung verknüpfen kann, dass zusätzliche Arbeitsplätze gesichert werden können.

Das für die Rettung ausgegebene Geld muss über höhere Steuern wieder hereingeholt werden. Immer höhere Steuerlasten von Arbeitnehmern und Unternehmen führen dazu, dass in Deutschland Autos und andere Güter nicht mehr gebaut werden können, weil in anderen Ländern mit geringeren Steuern die Produktion lohnender ist. Damit sind auch alle anderen Unternehmen und alle anderen Arbeitsplätze ein Stück näher am Abgrund. Wer sich an einer solchen Rettung von Opel beteiligt, gefährdet Deutschland als Wirtschaftsstandort und legt damit die Axt nicht nur an noch erfolgreiche Autohersteller, sondern an alle noch funktionierenden Betriebe in Deutschland. Wenn die Wirtschaft unseres Landes jedoch nicht mehr wettbewerbsfähig ist, lässt sich auch das Staatswesen mit den umfangreichen Sozialleistungen in Deutschland nicht mehr bezahlen. Massenarbeitslosigkeit, hervorgerufen durch eine nicht wettbewerbsfähige Wirtschaft ohne die Möglichkeit der sozialen Abfederung führte in der Geschichte häufig zu gesellschaftlichen Katastrophen mit einer Radikalisierung der Gesellschaft. Wer will das verantworten?

Ein Einsatz des Staates mag im Ausnahmefall gerechtfertigt sein, aber nur bei einem verantwortungsvollen Einsatz staatlicher Mittel, der eine selbständige dauerhafte Existenz des zu rettenden Unternehmens ermöglicht. Zu der Frage, durch welche Konzepte Opel zukunftsfähig werden soll, machen die Akteure keine Angaben.

„Unsere Erfahrung als Mittelständler ist: Wenn man das für Opel eingesetzte Geld für Steuersenkungen einsetzt, schafft man mehr Arbeitsplätze, als bei Opel kurzfristig gerettet werden“, so Barbara Ahrons, Landesvorsitzende.

Weitere Informationen:

MIT Deutschland: www.mittelstand-deutschland.de

MIT Hamburg: www.mit-hamburg.de

V.i.S.d.P.: Thomas Klömmer, Geschäftsführer der MIT Hamburg